**Kinderschutz-Zentrum Westküste für die Bundesarbeitsgemeinschaft der
Kinderschutz-Zentren**

Gesetzentwurf Volksinitiative „Kinderrechte stärken – Armut bekämpfen“

Am 27.5.2010 im Landtag

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/895**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren:

Die Kinderschutz-Zentren als spezialisierte Einrichtung für Fragen des Kinderschutzes zielen mit den Angeboten darauf ab, Kinder und Jugendliche, die (sicher oder vermutet) von körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt oder Vernachlässigung betroffen sind, wirksam zu schützen, ihre (mögliche) Gefährdung einzuschätzen und Hilfen zur Unterstützung, Bewältigung und zur Entwicklung neuer Perspektiven anzubieten. Neben der Beratung, Therapie und Diagnostik sind die Kinderschutz-Zentren im Bereich der Fortbildung und Informationsvermittlung sowie der Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Seit Mitte der 80er Jahre sind die Kinderschutz-Zentren mit Einrichtungen in Husum / Heide, Kiel und Lübeck in Schleswig-Holstein vertreten. Die Landesregierung fördert die Arbeit der Kinderschutz-Zentren in Schleswig-Holstein.

Artikel 6a:

- 1) Das Land, die gemeinden und Kreise tragen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten Sorge für die Schaffung und Erhaltung kind- und jugendgerechter Lebensverhältnisse.
- 2) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten schützen Land, Kreise und gemeinden Kinder und Jugendliche gegen Armut, Ausbeutung sowie vor Gefahren für ihr Wohl.
- 3) Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten, deren Ausgestaltung ihren wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnissen zu selbständigem Handeln entsprechen muss. Das Wohl der Kinder und Jugendlichen ist bei allen Maßnahmen, die sie betreffen, die vorrangige Orientierung für staatliches und kommunales Handeln
- 4) **Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung und auf Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten**

Die Sicht der Kinderschutz-Zentren:

- **Wissen um den Zusammenhang Armut und Gewaltrisiko:** armen Kinder werden schneller ausgegrenzt, sind häufiger übergewichtig, eher dem Risiko von Mobbing ausgesetzt, aber auch schneller in Gefahr gewalttätig – aggressiv zu reagieren (siehe auch familiärer Hintergrund, die sogenannten halt- und bindungslosen Jugendlichen). Die Kinderschutz-Zentren erleben diese Familien täglich in der Arbeit.
- **Wissen um Zusammenhang Armut und Krankheit** bei Kindern (Haut- und Atemwegserkrankungen, Gewichtsprobleme, Bewegungsapparat, psychische Erkrankungen) **und** bei Erwachsenen. Krankheit bei Erwachsenen (Sucht, psychische Krankheit, etc haben einen großen Einfluss auf das gesunde Aufwachsen von Kindern) z.B. heute (27.5.2010) Tagesfortbildung des Kinderschutz-Zentrums Kiels zu psychisch kranke Eltern – Auswirkungen auf die Kinder, mögliche Hilfeangebote
- Gute Bildung, Gesundheit und damit Selbstbewusstsein sind die beste Gewaltprävention und damit ein Schutz vor Langzeitfolgen und hohen Kosten

- Das Gesetz macht auf die spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufmerksam. Kinder sind nicht Prozentteile von Erwachsenen (wie die Hartz IV Berechnung bisher vorsah...). Kinder und Jugendliche sind eigenständige Wesen mit sich ständig entwickelnden Besonderheiten.
- Das Benennen von Gewaltrisiko durch Armut und Ausgrenzung sensibilisiert Erwachsene und Kinder und Jugendliche für das Thema. Kinder und Jugendliche sollten über ihre Rechte informiert sein. Betroffene werden durch das Wissen deutlich gestärkt!
- Das Gesetz setzt ein Zeichen gegen strukturelle Gewalt. Kinder und Jugendliche erleben immer wieder Gewalt, die durch Armut und Ausgrenzung und nicht durch Erziehung ausgelöst ist
- die Subjektposition der Kinder und Jugendlichen wird über den Artikel 6a in der Landesverfassung wesentlich gestärkt. Kinder und Jugendliche werden in ihrem Selbstwert, ihrer Position und in ihren Rechten gestärkt. Für Eltern ist damit ein Signal gegeben für eine gewaltfreie und selbstwertstärkende Erziehung zu sorgen. Sie können sich vom Land, den Gemeinden und Kommunen unterstützt fühlen.
- Das Land SH hat viele Initiativen, z.B. Kinder und Jugendaktionsplan. Um diese und andere Initiativen zu erhalten und auszubauen begrüßen wir die Gesetzesinitiative, um diese Aktivitäten festzuschreiben und langlebig und nachhaltig zu erhalten
- dazu braucht es Anlaufstellen im Land wie die Kinderschutz-Zentren und die Erziehungsberatungsstellen, aber auch Frauenberatung und Männergruppen (Täterarbeit Häusliche Gewalt)
- die Familiengerichte können mit dem neuen FamFG (Verfahren in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) passgenauer Familien unterstützen, dazu braucht es aber genau diese Angebote im Land – ein Gesetz macht deutlich darauf aufmerksam
- Schulung der pädagogischen Fachkräfte (Kita, Schulen, Hort, Freizeit...), zur Sensibilisierung zum Erkennen von Gewalterfahrung bei Kindern und besserer präventiver Angebote (§8a SGB – Schulung und Inanspruchnahme der insofern erfahrenen Fachkraft) (SH bezuschusst Ausbildung zur „Insofern erfahrenen Fachkraft“)
- Anbetracht der endlich öffentlich gewordenen Gewalt in Institutionen sehen die Kinderschutz-Zentren in dieser Gesetzesinitiative einen wesentlichen präventiven Faktor zur Vermeidung zukünftiger Gewalt in öffentlichen Einrichtungen und Angeboten.
- Mit dem Gesetz kann Schleswig-Holstein einen deutlichen Trend für die Bundespolitik setzen